

Mitteilungsblatt

AfD-Fraktion im Rat der LHH • Herrenstr. 7 • 30159 Hannover



STADTRATSFRAKTION HANNOVER

01 / 2020

Hannovers OB: Ein grüner Phrasendreschautomat

Hannover (afd) - Mit seinem ersten größeren öffentlichen Auftritt im Jahr 2020 hätte der neue hannoversche OB Belit Onay ein Zeichen für Aufbruch und Neustart setzen können. Er hat diese Chance vertan. Seine Rede zum Neujahrsempfang der Stadt am Mittwoch im Rathaus bestand im Wesentlichen aus dem Herunterleiern der sattsam bekannten grün-linken Agenda.

Mit Hannover hatte all das wenig bis gar nichts zu tun. Selbst die aktuellen Buschfeuer in Australien mussten für Onays Agitprop herhalten, bestätigten sie doch, so der grüne OB, wie recht die „Fridays for Future“-Bewegung mit ihrer Warnung vor dem „Klimawandel“ habe. Und irgendwie brachte er auch noch die Mahnung unter, man müsse - offenbar „Klimawandel“-bedingte - „Fluchtursachen bekämpfen“.

Und irgendwie brachte er auch noch die Mahnung unter, man müsse - offenbar „Klimawandel“-bedingte - „Fluchtursachen bekämpfen“.

Über die zunehmende Bedrohung der Meinungsfreiheit durch Linksextremisten verlor Onay natürlich kein Wort, etwa über die Fälle Thomas de Maiziere in Göttingen und Bernd Lucke in Hamburg. Von den unzähligen Angriffen und Übergriffen auf AfD-Politiker und AfD-Einrichtungen gar nicht zu reden. Etwas Gutes hatte die Rede immerhin: Sie war recht kurz. Für

Die verlogene, einseitige Propaganda des grün-linken Lagers hat in Belit Onay, wie es aussieht, einen willigen und bedenkenlosen Protagonisten gefunden. (afd/aup)



Auch wir von der AfD-Ratsfraktion waren selbstverständlich mit einem Infostand beim Neujahrsempfang und nutzten die Gelegenheit, um interessierte Bürger über unsere kommunalpolitischen Forderungen und Ziele zu informieren.



„Flüchtlinge“ für die Stadt noch teurer als erwartet

Hauptstein: Aber dafür ist ja immer genug Geld da

Hannover (afd) - Die Stadt ist offenbar Opfer der Beschwichtigungspropaganda geworden, die „Flüchtlingskrise“ sei im Wesentlichen ausgestanden, und die

Zahlen gingen merklich zurück. Nach Verrechnung mit verschiedenen Haushaltsposten sollte der Stadtrat nun **Mehraufwendungen von 12,4 Millionen Euro** genehmigen. Und das tat er mit überwältigender Mehrheit.

Aus der CDU-Fraktion kamen zwar zaghafte Vorschläge, man möge doch das Land um zusätzliche Hilfen bitten, da Hannover wegen seiner hervorragenden medizinischen Einrichtungen ja besonderen Belastungen ausgesetzt sei - aber das war es auch schon. Grundsätzliche Kritik übte niemand.

Außer der AfD-Fraktion. Deren Vorsitzender Sören Hauptstein zeigte sich verwundert darüber, wie unkritisch und unreflektiert diese Steigerungen hingenommen würden: „Immer, wenn es um ‚Flüchtlinge‘ geht, ist genug Geld da“, sagte Hauptstein; beispielsweise bei der Bekämpfung der Altersarmut unter der hiesigen Bevölkerung sehe das hingegen ganz anders aus. Wie selbstverständlich akzeptiere der Rat, dass der Stadt vom Land Niedersachsen auch aktuell noch 70 bis 80 neue „Flüchtlinge“ pro Monat zugewiesen würden - statt einmal ein deutliches Zeichen des Protestes zu setzen. In den meisten Fällen handele es sich nämlich um nichts Anderes als illegale Zuwanderung. (afd/aup)

Die nächste Bürger-sprechstunde findet am 11.02.2020 statt.

!!! - BITTE NUR MIT VOR-ANMELDUNG - !!!



Verbotszone für „gefährliche Gegenstände“ rund um den Bahnhof

Hannover (afd) - Eine große Mehrheit stimmte im Rat für eine „Verbotszone zum Schutz vor gefährlichen Gegenständen“ rund um den Hauptbahnhof - mit den Stimmen der AfD-Fraktion. Begründet hatte Ordnungsdezernent Dr. Axel von der Ohe diese Initiative mit der hohen Kriminalitätsbelastung in diesem Bereich; im Jahr 2018 wurden hier 994 Gewaltdelikte registriert, davon allein 315 allein am Raschplatz.

Die neue Verordnung verbietet die Mitnahme von Werkzeugen, die als Gegenstände des täglichen Gebrauchs zu gefährlichen Hieb-, Stich-, Stoß- oder Schlaggegenständen werden können.

„Vielen Dank für die realistische Lagebeurteilung, Respekt für Ihren Mut zu Wahrheit!“, lobte AfD-Ratsherr Markus Karger den Ordnungsdezernenten und forderte die konsequente Kontrolle und Durchsetzung der Verbote, bezweifelte allerdings, dass die personellen Ressourcen dazu ausreichen werden. Karger, aktiver Bundespolizist und häufig im Bahnhof eingesetzt, weiß,

wovon er spricht: „Jahrelang wurde die Sicherheitslage in der Innenstadt verharmlost und relativiert, oder die Probleme wurden ganz totgeschwiegen“, sagte er.

Bezeichnend wieder einmal die Reaktion der Grünen - und selbstentlarvend: „Ordnungspolitik ist nicht unser Lieblingsthema“, sagte Grünen Fraktionschefin Dr. Freya Markowis frei heraus, man setze eher auf „Prävention. Und im Übrigen werde Hannover immer sicherer, und sie frage sich, in welchem Deutschland Karger lebe. „Wenn alles so sicher ist“, so darauf Karger, „warum wurde dann der Ordnungsdienst ins Leben gerufen - und warum dann jetzt diese Verbotszone?“ (afd/aup)



Strafantrag wegen Beleidigung gegen Kerstin Klebe-Politze

Hannover (afd) - Reinhard Hirche, AfD-Vertreter im Stadtrat und Stadtbezirksrat Ahlem-Badenstedt-Davenstedt, hat Strafantrag wegen Beleidigung gegen die SPD-Bezirksratsfrau Kerstin Klebe-Politze gestellt. Es geht um Äußerungen von Frau Klebe-Politze in der Sitzung des Bezirksrats am

7. November 2019, in der ein Antrag Hirches behandelt wurde, den sogenannten Integrationsbeirat ersatzlos abzuschaffen. Der AfD-Bezirksratsherr hält ihn für überflüssig, da dieser Beirat zur Hälfte aus Personen besteht, die ohnehin dem Bezirksrat angehören; die Umsetzung von Investitionen und Zuwendungen wird damit nach Hirches Auffassung unnötig verzögert.

SPD-Bezirksratsherr Stefan Politze unterstellte Hirche daraufhin, der Antrag richte sich grundsätzlich gegen Migranten. Hirche widersprach; in der folgenden tumultartigen Debatte bezeichnete Politze Ehefrau Kerstin Klebe-Politze den Rats- und Bezirksratsherrn Hirche als „rechtes Pack“ und wies mit den Worten „Da sitzt noch einer von dem rechten Pack“ auf ein AfD-Mitglied im Publikum. Von dort waren außerdem Verbalinjurien wie „Hetzer“ und Faschisten“ zu hören.

„Irgendwann reicht es“, sagt Hirche, der im Bezirksrat immer wieder Anfeindungen und Beschimpfungen ausgesetzt ist, nicht nur seitens der Bezirksratskollegen, sondern auch aus dem Publikum - ohne dass Bezirksbürgermeister Rainer Göbel (SPD) dem mit der gebotenen Konsequenz entgegenetrete, so Hirche. (afd/aup)

Impressum

AfD-Fraktion im Rat der LHH
Herrenstr. 7 30159 Hannover
info@afd-fraktion-hannover.de
www.afd-fraktion-hannover.
Telefon: 0511-168 31845